

Antrag A3002: Aus der Corona-Krise lernen – für Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn

Antragsteller/in: Bundesvorstand der Liberalen Senioren

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Aus der Corona-Krise lernen – für** 2 **Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn**

3 Die zu Recht hochgelobten Verhaltensänderungen in der COVID-19-Pandemie
4 müssen verstetigt werden. Unser Zusammenleben muss wie selbstverständlich
5 Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn als Grundprinzipien aufgeklärten
6 Verfassungsdenkens bestimmen. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die
7 Aufnahme des Grundsatzes "Jeder ist zu Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn
8 aufgerufen" in Artikel 3a GG. Die vorgeschlagene Formulierung ist eine
9 Verfassungserwartung. Sie setzt keine zusätzliche Grundrechtsschranke,
10 rührt nicht an das grundrechtlich gewährleistete Niveau der
11 Freiheitsrechte, ist aber dennoch mehr als ein rechtlich unverbindlicher
12 Appell. Sie äußert die ethische Erwartung an jeden Menschen, die
13 Grundrechte verantwortlich auszuüben.

Begründung

Die wegen der COVID-19-Pandemie unumgänglichen Einschränkungen individueller Freiheitsrechte haben unser gesellschaftliches Leben wesentlich verändert. Eigenverantwortung und wechselseitige Rücksichtnahme haben einen neuen Stellenwert erhalten. Junge treten für Ältere ein, Gesunde achten auf Risikogruppen und Kranke, Starke entdecken die Nöte der Schwachen – Achtsamkeit und Hilfsbereitschaft sind in den letzten Wochen und Monaten unerwartet stark gewachsen. Der individuelle, teils egoistische Gebrauch der Freiheitsrechte ist gemeinwohlorientiertem Handeln gewichen. Eine zunehmende Werteorientierung beginnt unser Zusammenleben zu prägen. Wir haben gelernt, nach unserer Verfassung zu leben. Nun werden die staatlichen Schutzverordnungen Zug um Zug zurückgenommen, persönliche Einsichten in notwendige Verhaltensänderungen und Freiwilligkeit treten an ihre Stelle. Wir haben einen Punkt erreicht, an dem gerade erst eingeübte Gemeinsamkeiten drohen, wieder verloren zu gehen.

Wir als Liberale Senioren wollen rechtzeitig solchen negativen Entwicklungen entgegentreten. Es darf nicht ein achtloses Zurückkehren geben, was ein Übermaß an

Egoismus, eine fortschreitende Entsolidarisierung oder einen bequemen Rückzug ins Private nach sich zieht. Wir Liberale Senioren legen Wert auf die Feststellung, dass Senioren generell ein aktiver Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung sein können und wollen. Keineswegs sind sie nur Objekte der Unterstützung, als "Risikogruppe" am Rande der Gesellschaft. Eine innere wertbezogene Stabilisierung der Gesellschaft bedarf des vollen Engagements der Älteren. Zu Recht ist in der jüngsten Vergangenheit das Fehlen menschlicher Wärme und wechselseitigen Respekts in der Gesellschaft beklagt worden. Alleinerziehende geraten immer noch ins Abseits. Viele ältere Menschen vereinsamen, manche sterben unbemerkt. Diskriminierungen nehmen schleichend, teils schamlos offen zu. Physische und verbale Gewalt als Mittel zur Durchsetzung persönlicher Belange und ideologischer Ansichten werden teilnahmslos hingenommen.

In den sogenannten "Social Media" sinkt die Hemmschwelle der Diffamierungen und kalkulierten Falschmeldungen kontinuierlich. Wer – wie die Freien Demokraten – der individuellen Freiheit Vorrang vor staatlichen Eingriffen in die Privatsphäre einräumt, muss in gleichem Maße die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen in einer humanen Gesellschaft fördern. Das Wertegerüst für ein Leben in Freiheit und Verantwortung finden wir in unserem Grundgesetz.

Wir Liberalen Senioren begrüßen deshalb die Initiative der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Durchführung regelmäßiger Einbürgerungsfeiern mit der offiziellen Übergabe des Grundgesetzes an unsere Neubürger. Wichtiger noch ist die frühe Vermittlung der Werte unserer Verfassung an unsere Kinder und Jugendlichen und nicht erst die Überreichung des Textes bei Abschlussfeiern. Ziel muss die Realisierung des geflügelten Wortes "mit dem Grundgesetz unter dem Arm leben" sein.